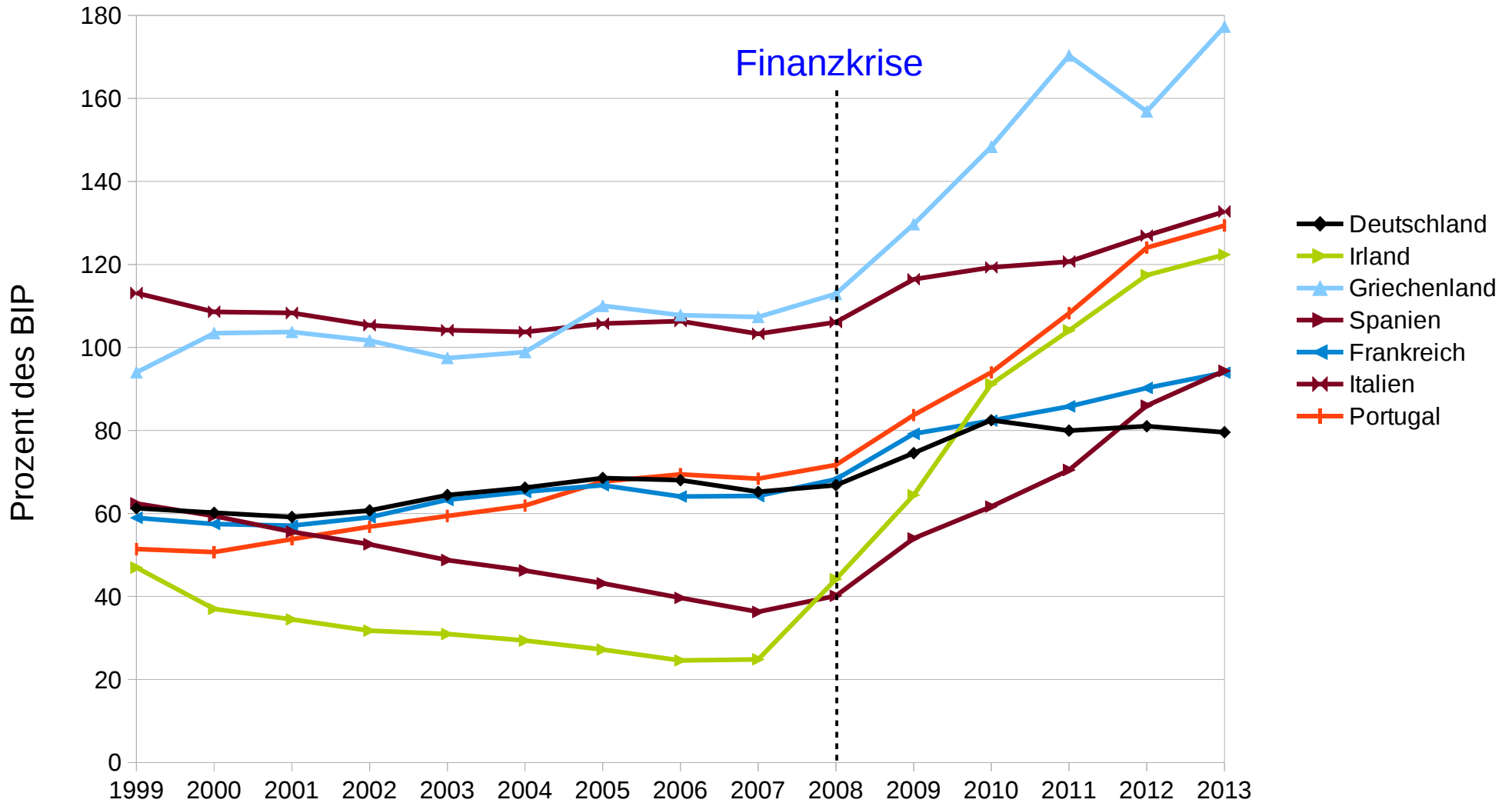


>>Marktkonforme Demokratie<< statt demokratiekonformer Märkte

- Politisches Handeln im Zuge der Finanz- und Eurokrise

Vorlauf zur Finanz- und Eurokrise

Staatsverschuldung (brutto) in Eurozone 12



(Quelle: AMECO)



Wegen HRE: Pleitebank brockt Rettungsfonds Milliardenverlust ein

SPIEGEL ONLINE - 21.05.2010

Exkurs: Einige Besonderheiten der Eurozone

Berenberg Bank, Juli 2012:

„Der politische Aufbau der Eurozone ist einmalig geeignet, um angebotsseitige Reformen und solide fiskalische Politik voranzutreiben. In der Eurozone gibt es keine einfachen Wege, dem Marktdruck zu entkommen.

– Ebenso wie in einer Nation benötigen die Schwachen die Solidarität der Starken. Aber anders als in einer Nation, wählen die Schwachen nicht in den gleichen Wahlen wie die Starken. Im Ergebnis kann Deutschland viel härtere Bedingungen über Spanien verhängen als London es gegenüber Glasgow könnte.

– Probleme werden in der Eurozone nicht durch große weiche interne Transfers überdeckt. Stattdessen müssen sie in harter Weise durch ernsthafte Reformen angepackt werden.

– Eine einzigartig unabhängige Zentralbank.

(1) Eine Zentralbank – 17 Finanzminister: das macht gemütliches Frühstück schwierig.

(2) Bundesbankpolitik = kompromisslose Zentralbanker, die einen unverhältnismäßigen Einfluss ausüben.

Die Starken können „Nein“ sagen. Unterstützung kommt durch Kredit, nicht durch direkte Transfers. Er ist hochgradig konditional. Merkel und die EZB waren enttäuscht über Berlusconi. Das Resultat: Monti kommt.“

Exkurs: Einige Besonderheiten der Eurozone

- gemeinsamer Binnenmarkt
- eine Währung (=> keine Auf- und Abwertung zum Ausgleich von Wettbewerbsunterschieden auf dem gemeinsamen Binnenmarkt)
- nationale Strukturen zu Steuer, Lohn/Arbeitsrechten, Sozialem
 - => Konkurrenzraum bei mangelnden Schutzstrukturen (Gefahr des „Wettbewerbs der Nationen“)
- EZB:
 - * „unabhängig“ => kein demokratischer Zugriff auf Politik der Zentralbank
 - * allein auf Preisstabilität verpflichtet (nicht z.B. Bekämpfung auch der Arbeitslosigkeit, wie z.B. bei US-Zentralbank)
 - * keine Staatsfinanzierung (anders als bei US-, oder japanischer Zentralbank)
- enge fiskalpolitische (= ausgabepolitische) Vorgaben (max. 3% Neuverschuldung, max. 60% Staatsschuldenquote)
- keine Transfermechanismen zwischen Regionen (wie z.B. in Deutschland: Länderfinanzausgleich)
- keine gemeinsame Instanz zur Wirtschaftsstabilisierung (z.B. wie aktuell gefordert „Euro-Budget“)

Vorlauf zur Finanz- und Eurokrise

Ein weiterer Problemauslöser in der Eurozone: Die Preisentwicklung ist seit **Euroeinführung** (1999) erheblich auseinandergegangen:

	Preisentwicklung 1999 - 2008
Spanien	+ 38,1%
Irland	+ 33,8%
Portugal	+ 32,3%
Griechenland	+ 32,3%
Italien	+ 25,1%
Frankreich	+ 19,7%
Deutschland	+ 8,2%
vorgesehene Zielmarke für Euro (bei +1,9% jährlich)	+ 18,5%

(Quelle: AMECO)

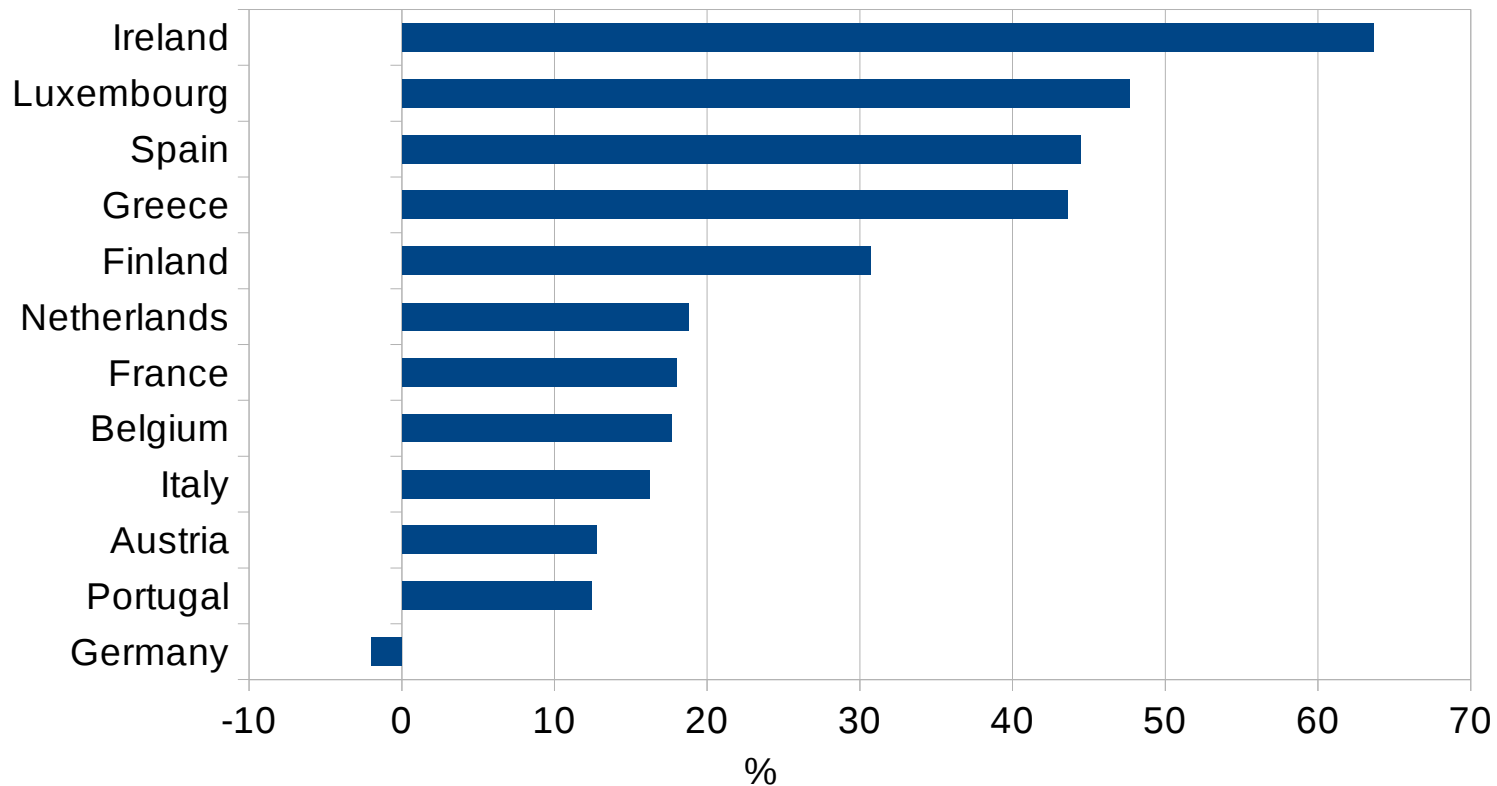
=> keine unterschiedlichen Währungen mehr, die durch Auf- und Abwertung die länderübergreifenden Preisunterschiede beheben könnten, da gemeinsamer Euro

Vorlauf zur Finanz- und Eurokrise

Ursache für unterschiedliche Preisentwicklungen sind unterschiedliche Lohnentwicklungen (im Verhältnis zur Produktivitätsentwicklung)....

Reallohnentwicklung in der Eurozone 12

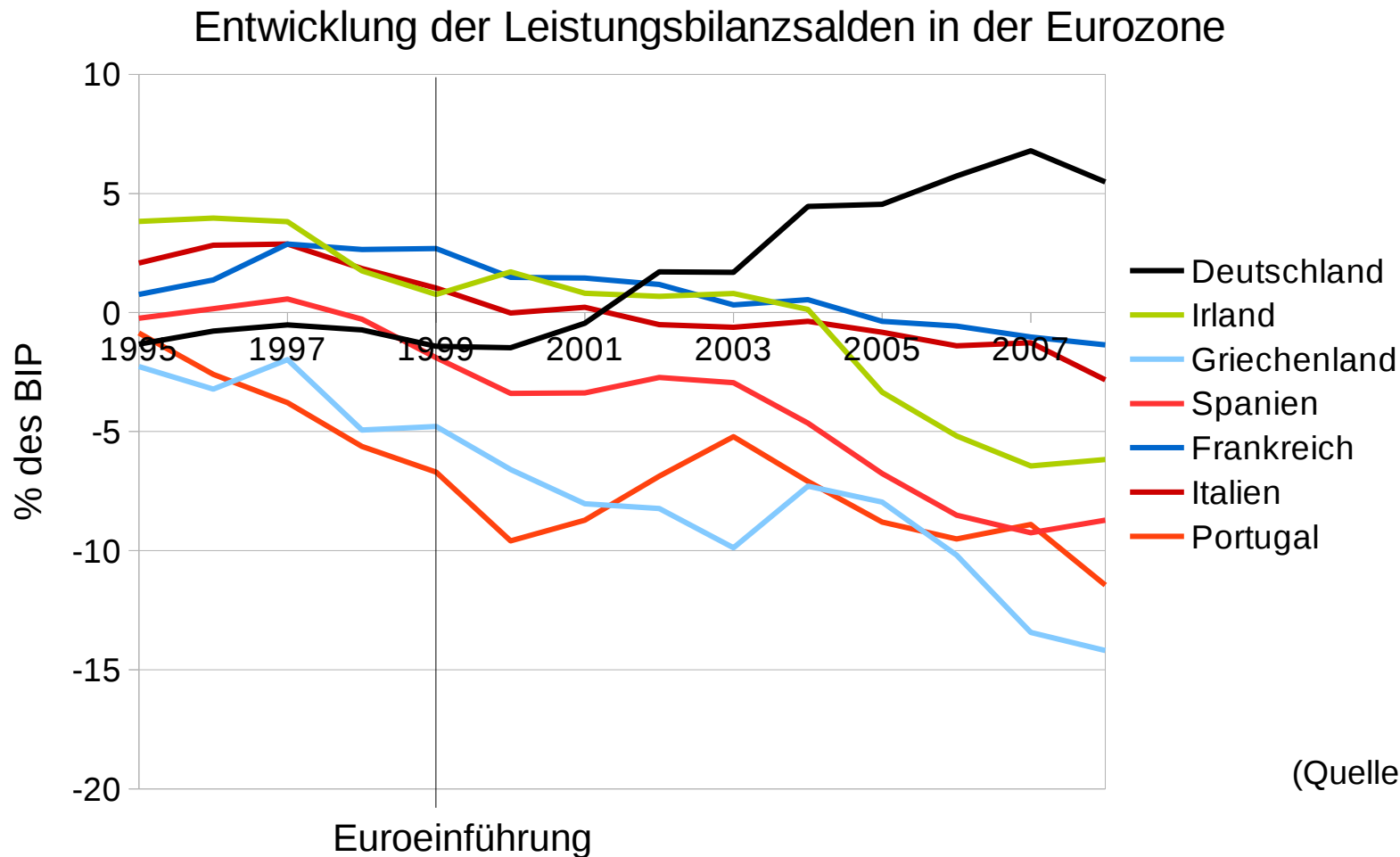
1999 bis 2008



(Quelle: AMECO)

Dies hat zu unterschiedlichen Konkurrenzfähigkeiten geführt, die negative Auswirkungen haben...

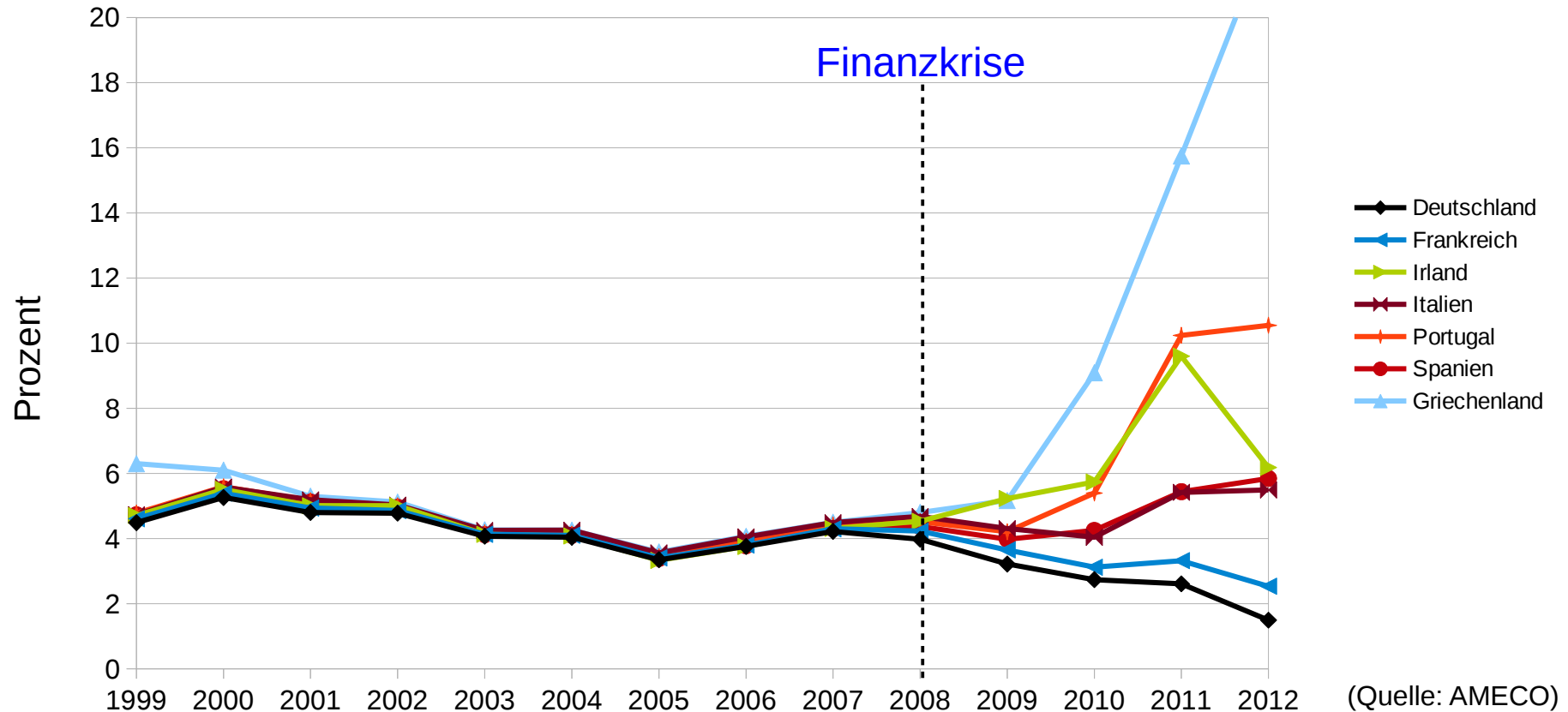
Vorlauf zur Finanz- und Eurokrise



- => einige Länder verschulden sich gegenüber dem Ausland (besonders gegenüber Deutschland) im Außenhandel
- => sie verlieren Absatzmärkte und dadurch steigt die Arbeitslosigkeit
- => mit Ausbruch der Finanzkrise bemerken dies die Anleger auf den Finanzmärkten und treiben die Zinsen für diese Staaten in die Höhe...

Vorlauf zur Finanz- und Eurokrise

Nominale Zinsen für Staatsanleihen (nominal long term interest rates)



Länder mit hohen Staatsschulden, hohen Preisnachteilen und hoher Verschuldung im Außenhandel können sich nicht mehr auf den Finanzmärkten finanzieren, da die Akteure auf den Finanzmärkten gegen Staaten spekulieren und Zinsen in die Höhe treiben

=> die anderen Länder der Eurozone geben Kreditgelder (sog. „Rettungsschirm“), dafür müssen die Hauptkrisenländer jedoch Kürzungs- und Reformpolitik durchführen...

Kürzungspolitik und Reformauflagen in der Eurokrise

Maßnahmen zur Lohnpolitik im Rahmen der **Memoranda of Understanding** (veranlasst durch Troika oder IWF) oder auf **EZB-Druck**:

Löhne/Gehälter im öffentlichen Dienst:

- Allgemeiner Lohnstopp ab 2009/2010

Griechenland, Spanien, Portugal, Irland (2008), Zypern (2013), Rumänien, Ungarn, Lettland

- Kürzung zwischen **5% und 10%**

=> Spanien, Portugal, Irland, Italien

- Kürzung zwischen **15% und 30%**

=> Griechenland, Zypern, Rumänien, Ungarn, Lettland

- Abschaffung Sonderzahlungen

=> Spanien, Portugal, Rumänien, Ungarn

Kürzungspolitik und Reformauflagen in der Eurokrise

Maßnahmen zur Lohnpolitik im Rahmen der **Memoranda of Understanding** (veranlasst durch Troika oder IWF) oder auf **EZB-Druck**:

Mindestlohn:

- Einfrieren

=> Spanien, Portugal, Rumänien, Lettland

- Kürzung

=> Irland, Zypern, Griechenland (22%, bzw. 33%; in Tarifautonomie eingegriffen)

Kürzungspolitik und Reformauflagen in der Eurokrise

Staatsausgaben (Eurozone 16)

Soziales (in bar) und Gehälter (ÖD)

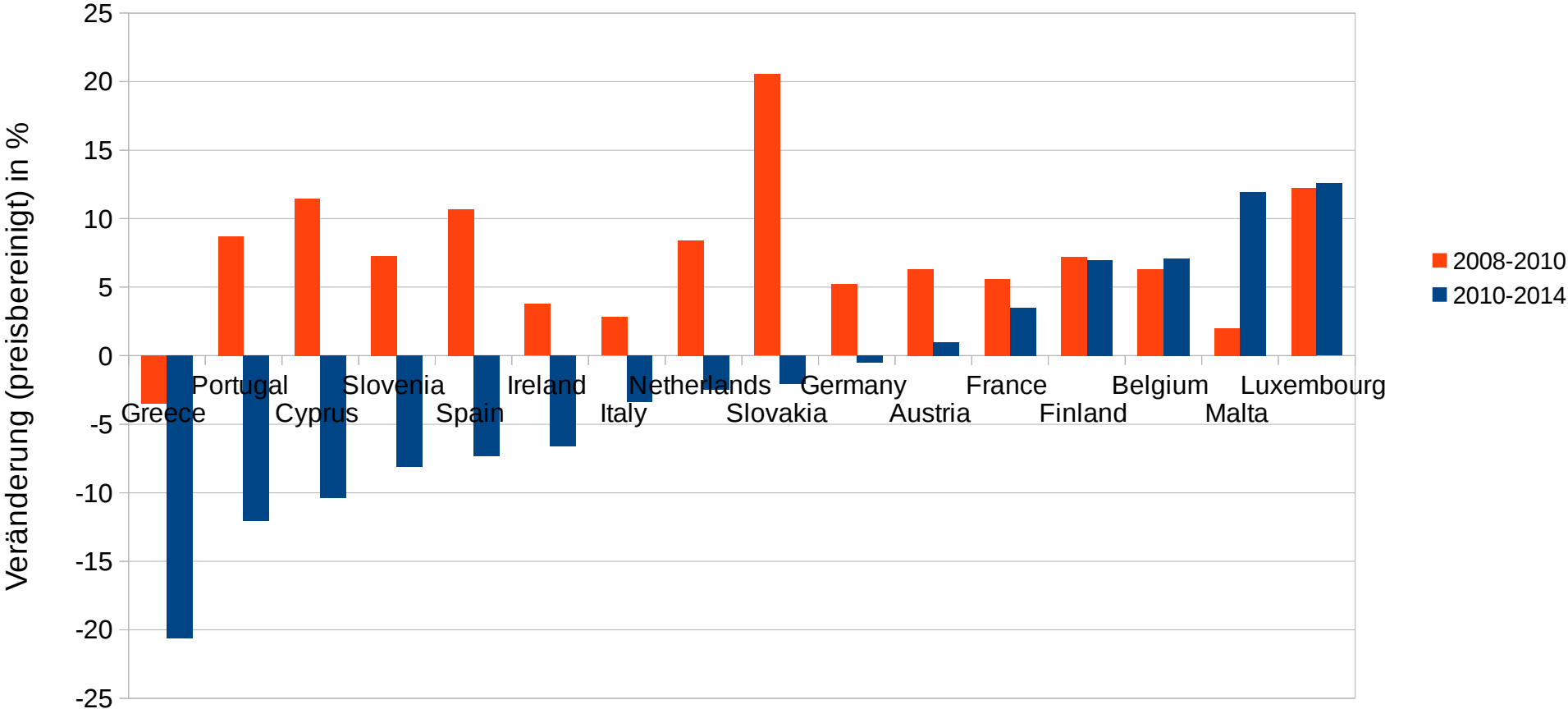


Datenquelle: AMECO

Kürzungspolitik und Reformauflagen in der Eurokrise

Staatsausgaben (Eurozone 16)

Soziales (in bar) und Gehälter (ÖD)

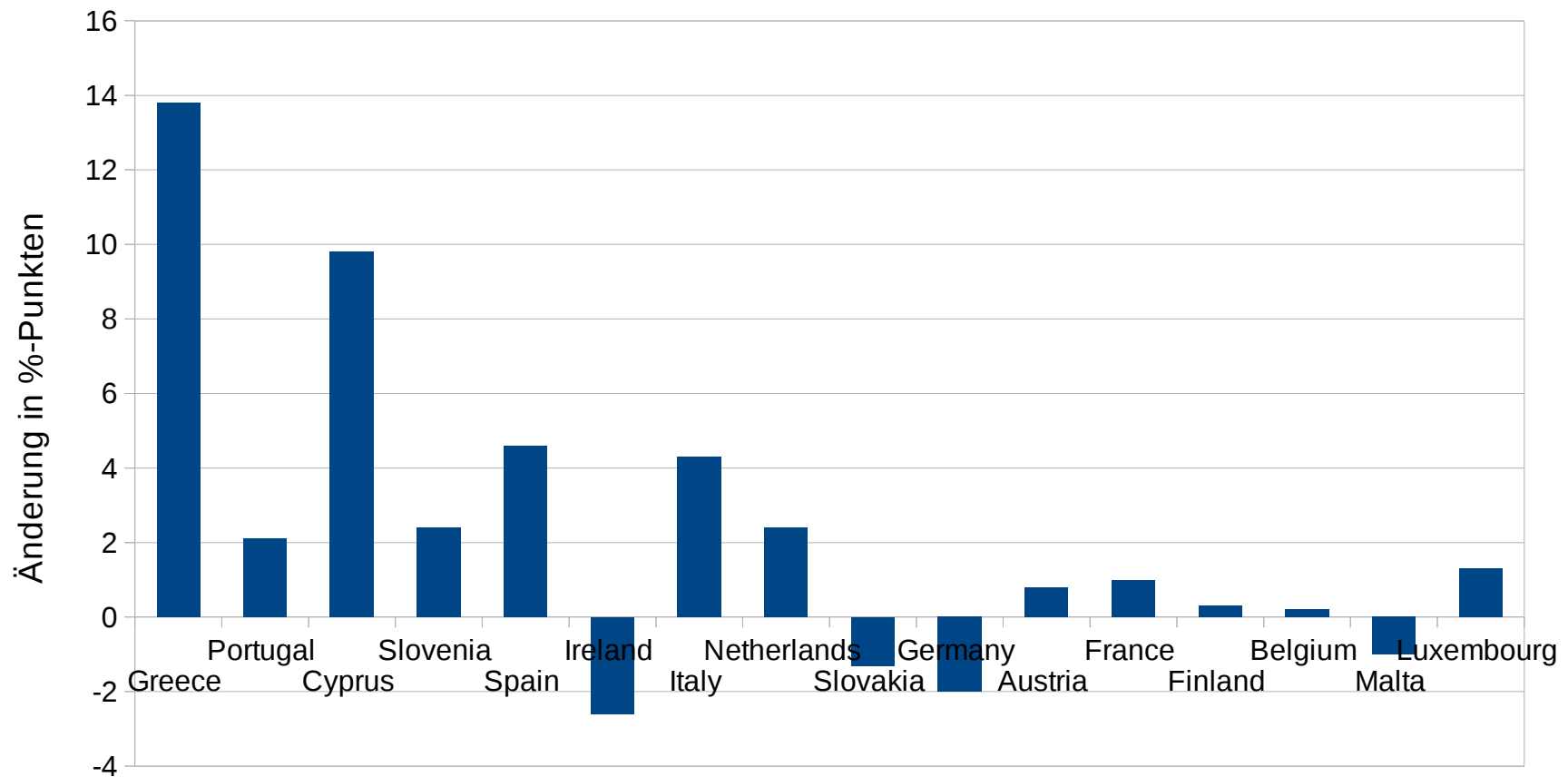


Datenquelle: AMECO

Kürzungspolitik und Reformauflagen in der Eurokrise

Entwicklung Arbeitslosigkeit (Eurozone 16)

2010 bis 2014

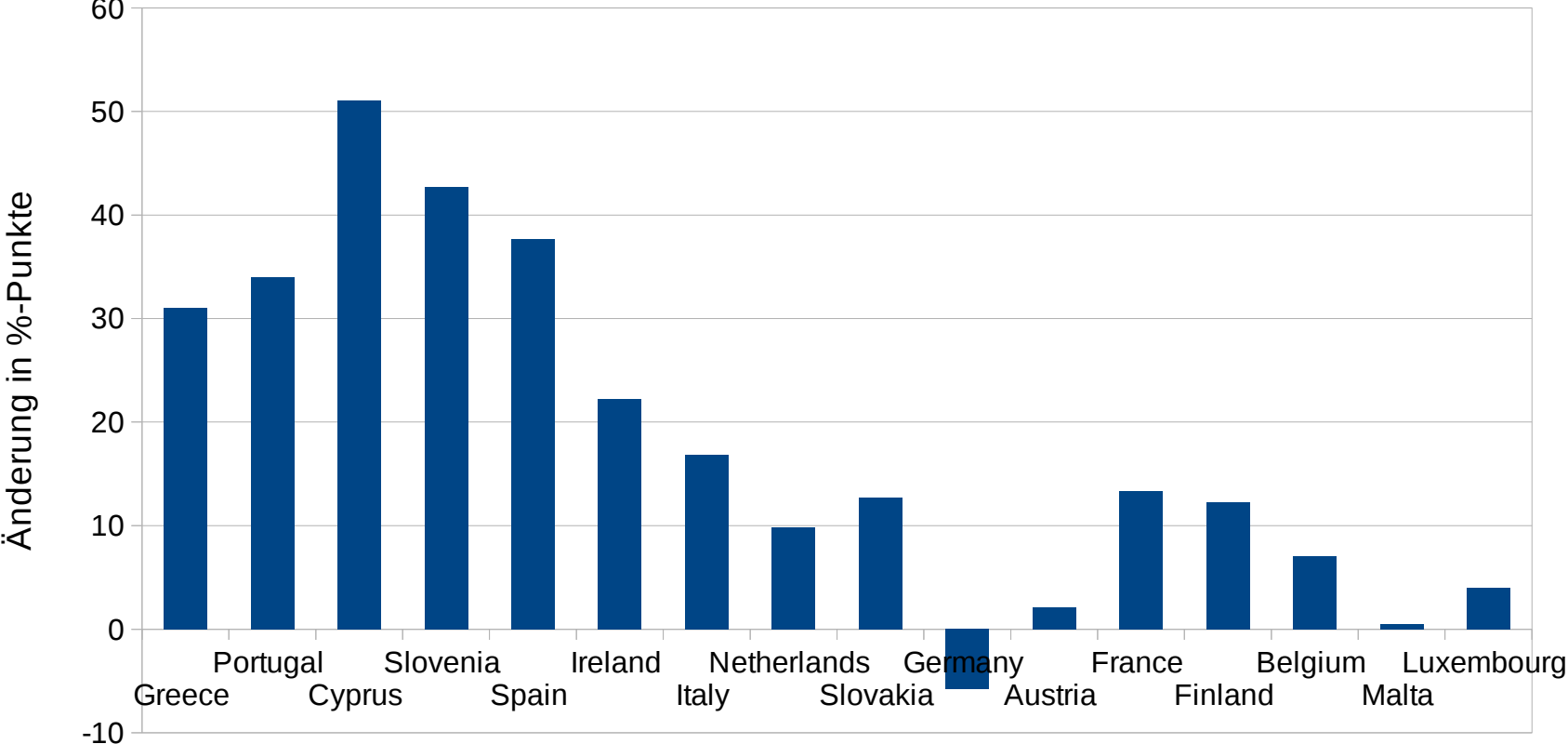


Datenquelle: AMECO

Kürzungspolitik und Reformauflagen in der Eurokrise

Entwicklung Staatschulden (brutto)

2010 bis 2014



Datenquelle: AMECO

Kürzungspolitik und Reformauflagen in der Eurokrise

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments (21.2.2014):

„[...] Außerdem hat die Troika Artikel 151 AEUV vollständig außer Acht gelassen, in dem festgelegt wird, dass die Handlungen der Union und der Mitgliedstaaten im Einklang stehen müssen mit den sozialen Grundrechten, die in der Europäischen Sozialcharta von 1961 [...] und der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989 sowie einigen der Kernübereinkommen der IAO, die von allen Mitgliedstaaten unterzeichnet wurden, festgelegt sind.“

(Bericht über beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekte der Rolle und der Tätigkeiten der Troika (EZB, Kommission und IWF) in Bezug auf Programmländer des Euro-Währungsgebiets)

Kürzungspolitik und Reformauflagen in der Eurokrise

Entschießung des **Europäischen Parlaments** vom 13. März 2014 zu dem beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekten der Rolle und der Tätigkeiten der Troika (EZB, Kommission und IWF) in Bezug auf Programmländer des Euro-Währungsgebiets:

„Das Europäische Parlament

[...] betont, dass die Sozialpartner auf nationaler Ebene bei der anfänglichen Konzeption der Programme hätten angehört oder einbezogen werden müssen; [...] verurteilt es, dass der Grundsatz der Kollektivvertretung untergraben wird, wodurch die automatische Verlängerung von Tarifverträgen, die in einigen Ländern wichtig ist, in Frage gestellt wird, wodurch die Anzahl geltender Tarifverträge beträchtlich zurückgegangen ist; verurteilt die Kürzung des Mindestlohns und das Einfrieren des Nominalbetrags des Mindestlohns [...]

[...] stellt fest, dass der Europarat die Kürzungen der öffentlichen Altersvorsorge in Griechenland bereits verurteilt hat, sie als einen Verstoß gegen Artikel 12 der Europäischen Sozialcharta von 1961 und Artikel 4 des Protokolls dazu [...] stellt fest, dass diese Lehre, das Rentensystem auf einem zufriedenstellenden Niveau zu erhalten, um Rentnern ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, in allen vier Ländern gilt und hätte berücksichtigt werden müssen [...]“

Kürzungspolitik und Reformauflagen in der Eurokrise

Maßnahmen im **Tarifvertragssystem** in Südeuropa:
Ziel: Dezentralisierung des Tarifvertragssystems

Griechenland:

- * neuer Typ Haustarifvertrag, der vom geltenden Branchentarifvertrag nach unten abweichen kann (2010)
- * genereller Vorrang von Haustarifverträgen, Abschaffung Günstigkeitsprinzip (2011)
- * Haustarifverträge auch durch nicht-gewerkschaftliche AN-Gruppen verhandelbar
- * Reduzierung Nachwirkung von Tarifverträgen auf 3 Monate

Italien:

- * Ausweitung Öffnungsklauseln
- * genereller Vorrang von Haustarifverträgen

Kürzungspolitik und Reformauflagen in der Eurokrise

Maßnahmen im **Tarifvertragssystem** in Südeuropa:

Ziel: Dezentralisierung des Tarifvertragssystems

Portugal:

- * Ausweitung von Öffnungsklauseln
- * Beendigung „quasi-automatischer“ Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, Einführung strengerer Regeln (z.B. 50% bestehende Tarifbindung der Beschäftigten)

Spanien:

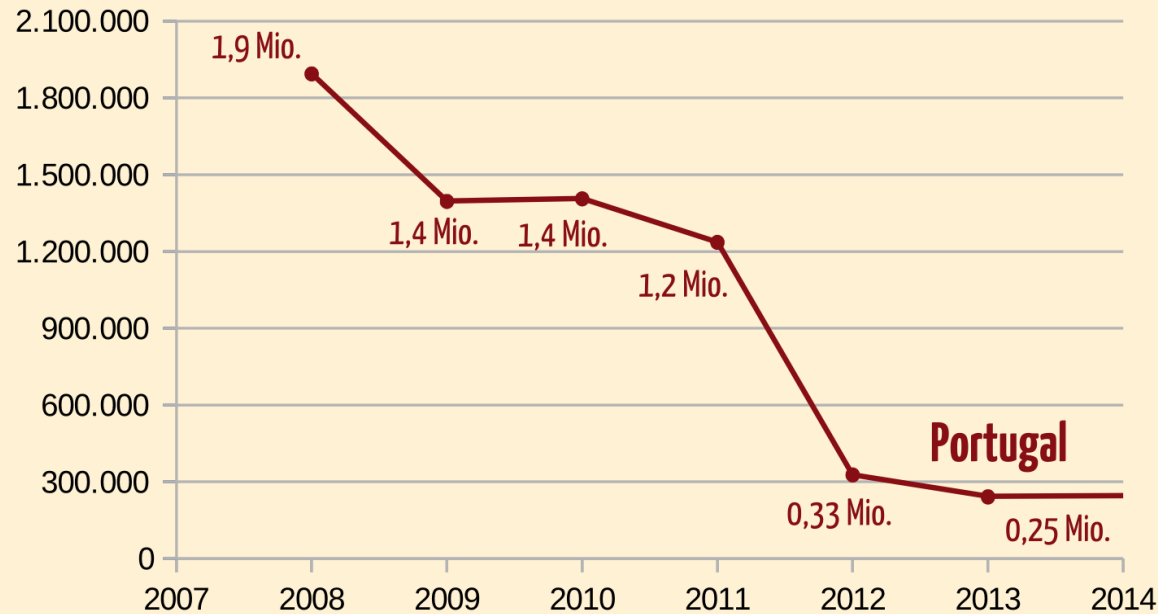
- * Ausweitung Öffnungsklauseln
- * genereller Vorrang von Haustarifverträgen
- * Verhandlung auch durch nicht-gewerkschaftliche AN-Gruppen
- * Einschränkung der Nachwirkung von Tarifverträgen

Kürzungspolitik und Reformauflagen in der Eurokrise

In Südeuropa wurde das Tarifvertragssystem mit dem Ziel verändert, dass Tarifverträge nicht mehr auf der Ebene ganzer Branchen abgeschlossen werden, sondern auf der Ebene der Betriebe

=> Schwächung von Gewerkschaften und der Rechte der abhängig Beschäftigten

Entwicklung der tarifgebundenen Beschäftigung in der Krise



Quellen: Gewerkschaft UGT (2015)

Kürzungspolitik und Reformauflagen in der Eurokrise

Weitere Maßnahmen, die sich auf die Arbeitsbeziehungen beziehen:

- * Heraufsetzung Überstundenobergrenzen, Kürzung der Zuschläge
- * Flexibilisierung der Arbeitszeit
- * Ausweitung der Befristungsgrenzen
- * Einführung spezieller Arbeitsverträge (z.B. „Jugendvertrag“)
- * Abbau Kündigungsschutz
- * Abbau der Sozialpflichten des AG, Abbau der Abfindungsbeträge

„Die interne Abwertung [= Lohnsenkung] führte zu hoher Arbeitslosigkeit, fallenden Einkommen und steigender Armut – buchstäblicher Not für mehrere zehn Millionen Menschen.“

(László Andor, ehemaliger EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Inklusion - *Social dimension of the Economic and Monetary Union: what lessons to draw from the European elections?*, Juni 2014, Übers. d. Verf.)

„Economic Governance“

Es wurde eine Reihe von Verträge im Zuge der Eurokrise abgeschlossen, die teils außerhalb des EU-Rechts Einfluss auf die Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik der Mitgliedsstaaten ausüben sollen (sog. „**Economic Governance**“), und stark auf neoliberaler Angebotspolitik beruhen:

„**Euro-Plus-Pakt**“ (2011, 2. Eurokrisenjahr)

„**Sixpack**“ (2011, 2. Eurokrisenjahr)

„**Twopack**“ (2011, 2. Krisenjahr)

„**Fiskalpakt**“ (2012, 3. Eurokrisenjahr)

„Economic Governance“

„**Twopack**“ (2011, 2. Eurokrisenjahr)

- aufbauend auf „Sixpack“
- Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur Vorlage der Haushaltsentwürfe an EU-Kommission für kommendes Jahr (**vor** parlamentarischer Verabschiedung)
- bei Finanzproblemen (= Defizitverfahren oder drohende EFSF- oder ESM-Hilfen): verstärkte Finanz- und Wirtschaftsüberwachung (Überprüfungen, vierteljährliche Berichterstattung, Verpflichtung zu Maßnahmen)

„**Fiskalpakt**“ (2012, 3. Eurokrisenjahr):

- zwischenstaatlich außerhalb EU-Recht
- mind. 2x im Jahr Sondergipfel Euroländer, EU-Kommission, EZB in Fragen wirtschaftspolitischer Steuerung
- nationale Verankerung Schuldenbremsen (möglichst mit Verfassungsrang)
- Verschärfung „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ (weitere Kriterien des Schuldenabbaus)
- Strafen bis 0,1% des BIP (über EuGH)

„Economic Governance“

Stephan Schulmeister:

„Die Grundregel des Fiskalpakts und ihre Anwendung programmieren folgenden >>Teufelskreis<<, wenn ein >>Schock<< (wie etwa eine Finanzkrise) eine Rezession verursacht:

Schritt 1: Das BIP schrumpft, Budgetdefizit und Arbeitslosigkeit steigen.

Schritt 2: Die gestiegene Arbeitslosigkeit wird als >>natürlich<< oder >>strukturell<< interpretiert, damit sinkt der Potentialoutput, die Outputlücke bleibt klein.

Schritt 3: Das durch die Rezession erlittene Defizit wird als >>strukturelles<< Defizit uminterpretiert, es muss gespart werden.

Schritt 4: Die Sparpolitik dämpft das BIP => gehe zu Schritt 1“

(aus: Der Fiskalpakt – Hauptkomponente einer Systemkrise, 13.11.2014)

„Economic Governance“

Angela Merkel auf dem World Economic Forum (24.1.2013):

„[...] Natürlich lässt es sich besser sparen, natürlich lassen sich Strukturreformen besser durchführen, wenn die gesamtwirtschaftliche Lage etwas entspannter ist, wenn Wachstum da ist. Auf der anderen Seite ist die politische Erfahrung, dass für politische Strukturreformen oft Druck gebraucht wird. Zum Beispiel war auch in Deutschland die Arbeitslosigkeit auf eine Zahl von fünf Millionen Arbeitslosen angestiegen, bevor die Bereitschaft vorhanden war, Strukturreformen durchzusetzen. Meine Schlussfolgerung ist also: Wenn Europa heute in einer schwierigen Situation ist, müssen wir heute Strukturreformen durchführen, damit wir morgen besser leben können.“

(Quelle: Bundesregierung, <http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2013/01/2013-01-24-merkel-davos.html>)

Oder in den Worten Barrosos:

„Was vor sich geht, ist eine stille Revolution, eine stille Revolution in Hinblick auf eine stärkere >Economic Governance< durch kleine Schritte.“

(EU-Kommissionspräsident Barroso am European University Institute, Juni 2010, Übers. d. Verf.)

Gegenmodell: Elemente eines Europäischen Sozialmodells

- „1. eine makroökonomische Politik zu betreiben, die Vollbeschäftigung anstrebt
2. in der Lohnpolitik Reallohnzuwächse zu ermöglichen, die den Produktivitätsfortschritt abbilden, sowie europäische Mindestlöhne durchzusetzen, die den Niedriglohnsektor zurückdrängen
3. soziale Sicherungssysteme zu verankern, die in der Renten-, der Gesundheits- und der Familienpolitik sowie in der Arbeitslosenversicherung ein hohes Schutzniveau verwirklichen
4. auf Unternehmens- und Betriebsebene Beteiligungsrechte vorzusehen, die den Beschäftigten ein hohes Maß an Mitbestimmung gewähren; darüber hinaus auf europäischer, nationaler und sektoraler Ebene den sozialen Dialog zu fördern
5. einen starken öffentlichen Sektor vorzuhalten, der sowohl zur Verwirklichung von Dienstleistungen im allgemeinen Interesse als auch zur Stabilisierung des Beschäftigungsniveaus beiträgt
6. in den EU-Vertrag eine soziale Fortschrittsklausel einzubauen, die den sozialen Grundrechten auf europäischer Ebene Vorrang vor den Marktfreiheiten einräumt.“

(Quelle: Busch, Hermann, Hinrichs und Schulten, 2012)

Literatur

Busch, K. Hermann, C. Hinrichs, K. & Schulten, T., *Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell*, Studie der FES, November 2012

Flassbeck, H. & Lapavitsas, C., *The systemic crisis of the euro – true causes and effective therapies*, Studie der RLS, Mai 2013

Flassbeck, H. & Spieker, F., *Der Staat als Schuldner – Quadratur des Bösen?*, Wirtschaftsdienst 91-7, Juli 2011

Hacker, B., *Sollbruchstelle Krisenkurs*, Studie der FES, November 2013

Schulten, T., *Erzwungene Konvergenz? - Europäische Krisenpolitik und ihre Auswirkungen für Löhne und Tarifverhandlungen*, Thorsten Schulten, Vortrag auf dem WSI-Herbstforum, November 2013, www.youtube.com/watch?v=qRz50tSO_zk

Schulmeister, S., *Der Fiskalpakt – Hauptkomponenten einer Systemkrise*, Stephan Schulmeister, blog.arbeit-wirtschaft.at, November 2014